

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

87 (12.4.1922)

Teuerungszulage für die Kriegsoffizier

Ende November 1921 hat der 19. Ausschuss des Reichstages sich sehr eingehend mit den Forderungen der Kriegsoffizier und Unteroffizier auf Erhöhung der Teuerungszulagen nach § 87 des R.W.G. beschäftigt und die Anfrage der Regierung zur Berücksichtigung überreicht. Der mit Wirkung vom 1. August 1921 erlassene Gesetz über die Gewährung von Teuerungszulagen an alle Wehrsoldaten, deren Erwerbseinkommen um 50 und mehr Prozent gemindert ist. Daneben wurden Teuerungszulagen für die Unteroffizier gewährt. Die Zulagen betragen monatlich für Wehrsoldaten, die im Erwerbseinkommen stehen, 20 M., für solche, die nicht im Erwerbseinkommen stehen, 30 bis 70 M., außerdem für jedes Kind monatlich noch 15 M. Die Wehr- und Wehrwaisen erhalten 15 M., die erwerbsunfähigen Wehr- und Wehrwaisen 15 M.

Die nach vorerwähntem Gesetz gewährten Teuerungszulagen sind durch Gesetz des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Dezember 1921 in der Weise geändert worden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 nur noch Teuerungszulagen an nicht im Erwerbseinkommen stehende oder nur solche Wehrsoldaten gewährt werden, die neben der Rente ein Einkommen bis zu vier Dritteln der Höchstgröße der Erwerbseinkommenunterstützung haben. Durch diese Änderung gingen sämtliche Wehrsoldaten und die im Erwerbseinkommen stehenden Wehrsoldaten, deren Einkommen mehr als vier Drittel der Erwerbseinkommenunterstützung beträgt, mit Wirkung vom 31. Dezember 1921 des ihnen gewährten Teuerungszulages wieder verlustig. Die nach dem Gesetz vom 1. Dezember 1921 den nicht im Erwerbseinkommen stehenden Wehrsoldaten gewährten Teuerungszulagen sind mit Wirkung vom 1. März 1922 eine Verdoppelung erfahren. Sie betragen für die Monate März und April für Wehrsoldaten mit einer Wehrsoldatenunterstützung bis 50 Proz. 180 M., für Wehrsoldaten mit einer Wehrsoldatenunterstützung von mehr als 50 Proz. 260 M. und daneben, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind 60 M., für erwerbsunfähige Wehrwaisen 160 M., für eine Wehrwaise 80 M., für eine Wehrwaise 100 M., für ein Wehrwaisenkind 100 M.

Nach der am 20. Februar 1922 eingetragenen Preissteigerung und der damit verbundenen Preissteigerung der unentgeltlichen Wehrsoldaten hat der 19. Ausschuss am 10. März sich erneut mit der Frage der Teuerungszulagen beschäftigt. In dieser Sitzung wurde die Frage geprüft, ob die Teuerungszulagen auf die bisherige Weise, oder dem der Wehrsoldaten geregelt werden sollten. Der Ausschuss entschied sich für das letztere. Nun hat das Reichsarbeitsministerium am 4. April — wenige Tage vor dem am 7. April entsetzten Osterferien — den Mitgliedern des 19. Ausschusses den Gesetzentwurf zur einstweiligen Kenntnisnahme überreicht. Der Gesetzentwurf ist inhaltlich an den Reichstag gegangen, und erst, wenn er verabschiedet ist, kann der Reichstag dem 19. Ausschuss die Vorlage überreichen. Nach dem vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Entwurf sollen die bisherigen Teuerungszulagen wesentlich erhöht werden; ausgenommen davon sollen sein: Wehrsoldaten, deren Erwerbseinkommen um weniger als 50 Prozent gemindert ist; Wehrwaisen, die weder erwerbsfähig, noch einer erwerbsunfähigen Wehrwaise gleichgestellt sind; Personen, die unabhängig von Dienstverhältnissen lediglich auf Grund ihrer Wehrsoldatenzeit vorerzogen sind (Kapitulanten); Personen, auf die das Rentenübergangsgesetz vom 21. Dezember 1920 Anwendung findet.

Der Teuerungszulage soll betragen monatlich 450 M., für einen Wehrsoldaten bei einer Wehrsoldatenunterstützung von mehr als 50 Prozent; 320 M. für einen Wehrsoldaten bei einer Wehrsoldatenunterstützung von höchstens 50 Prozent; 320 M. für eine Wehrwaise; 160 M. für eine väterliche Waise; 200 M. für eine elterlose Waise; 180 M. für ein Wehrwaisenkind; außerdem soll jeder Wehrsoldaten, wenn er für Kinder zu sorgen hat, für jedes Kind 100 M. erhalten. Ferner sollen erhalten: Empfänger eines Übergangsgeldes (§ 32 R.W.G.) monatlich 320 M.; Empfängerinnen einer Witwenrente monatlich 320 M.; Empfänger eines Hausgeldes (§ 18 R.W.G.) während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Wehrsoldatenunterstützung als 50 Prozent festgestellt ist, monatlich 320 M.; wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind 100 M. Diese Zulagen fallen nach dem Entwurf fort, wenn mit dem Einkommen die Höchstgröße der Erwerbseinkommenunterstützung um mehr als zur Hälfte überstiegen wird.

Der 19. Ausschuss hat sich am 7. April mit dem vorläufig übermittelten Gesetzentwurf sehr eingehend beschäftigt und nach längerer, lebhafter Aussprache festgestellt, daß der Entwurf nach den bereits dargelegten Umständen vor Osters leider nicht mehr dem Reichstag vorzulegen werden kann. Diese Tatsache darf also keinesfalls Veranlassung sein, solche Schlussfolgerungen zu ziehen. Um den besonders Hilfsbedürftigen die ungeheure Teuerung erträglicher zu gestalten hat der Ausschuss eine Entschließung angenommen, die die Regierung ermächtigt, auf dem Verwaltungsweg sofort die bisherigen Teuerungszulagen wesentlich zu erhöhen und dem Reichstag bis spätestens den 15. Mai 1922 einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann vom Ausschuss alsbald beraten werden soll.

Im Ausschuss ist mit Nachdruck gefordert worden, daß die Teuerungszulagen nicht erst bei der 50-Prozentigen Minderung der Erwerbseinkommen eintreten sollen; auch sei die in Aussicht genommene Regelung für die Hinterbliebenen nicht befriedigend. Die Organisation der Kriegsoffizier, die in den letzten Tagen mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt hat, verlangt eine Teuerungszulage für alle Rentempfänger und außerdem die Verschönerung der Teuerungszulagen für besonders Bedürftige, wie das durch die Neuregelung des Dezembergesetzes geschieht. Angewiesen hat die Organisation Zeit, auch über die finanzielle Auswirkung der vorliegenden Wünsche eine Aufstellung zu machen, der Regierungsentwurf würde 5 Milliarden Mark erfordern, damit der Ausschuss hat keine Bedenken auch darüber volle Klarheit hat. Der Ausschuss ist sich über die ungeheure Not vieler Offizier der Kriegsoffizier durchaus klar und wird alles tun, damit das hoffentlich bald zu verabschiedende Gesetz den Bedürfnissen nach Möglichkeit gerecht wird.

Verjüngung der Geschäftsordnung des Reichstages

Im Geschäftsausschuss des Reichstages ist die zweite Lesung der Änderungen der Geschäftsordnung beendet worden. Der Ausschuss wird dem Plenum des Reichstages sofort nach den Osterferien einen eingehenden Bericht vorlegen, in dem zur Förderung der parlamentarischen Arbeiten eine Reihe von Vorschlägen gemacht wird. Die einschneidendsten Änderungen, die der Ausschuss beantragt, sind folgende:

Die Redezeit soll allgemein auf drei Viertelstunden festgesetzt werden.

Die Kleinen Anfragen sollen nicht mehr gedruckt, sondern der Regierung schriftlich zur Beantwortung übergeben werden. Auf die Tagesordnung wird eine Kleine Anfrage nur dann gesetzt, wenn sie nicht binnen vierzehn Tagen von der Regierung beantwortet ist. Diese Regelung erspart dem Reichstag nicht nur Zeit, sondern auch nicht unbeträchtliche Kosten; wie Präsident Höbe in einer der letzten Sitzungen hervorhob, betragen sich die Kosten eines einzigen Kleinen Anfrage auf etwa 700 M.

Wenn die Beschlußfähigkeit des Hauses bewahrt wird, so soll nicht, wie das bisher vorkam, das Haus genötigt sein, sich sofort zu verhalten, sondern es bleibt dem Präsidenten überlassen, die Sitzung für eine kurze Zeit auszusetzen, ehe er die Beschlußfähigkeit trifft, ob das Haus beschlußfähig ist. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die nicht im Sitzungssaal anwesenden Abgeordneten, die sich in irgend einem Raume des Reichstages aufhalten herbeizurufen.

Ueber den Ausschluß eines Abgeordneten trifft ein neu vorgeschlagener Paragraph 93 folgende Bestimmung: „Im Falle grober Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Geht er trotz der Anordnung der Anwesenheit des Präsidenten, des Saals zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. In diesem Falle steht der Abgeordnete ohne weiteres dem Ausschuss für die folgenden acht Tage zu. Bei wiederholter Verletzung, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, tritt der Ausschuss auf Antrag Tag ein. Der Ausschuss trifft diese Folgen bei Wiedereröffnung der Sitzung oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest. Der Abgeordnete darf während der Dauer der Ausschließung auch an den Ausschuss-Sitzungen nicht teilnehmen.“ Der Entzug der Diäten soll nicht besonders ausgesprochen werden, da er eine selbstverständliche Folge des Ausschlusses ist.

Vom Reichsstarif für das Bankgewerbe

In Sachen des Reichsstarifs für das Bankgewerbe hat der im Reichsarbeitsministerium tagende Schlichtungsausschuss nach dreitägigen Verhandlungen einen Schiedsspruch gefällt, der für Angehörte zwischen 10 und 20 Berufsjahren folgende Jahresgesamteinkommen vorsieht: Angestellte, Gruppe 1: 34 800 M.; Gruppe 2: 39 500 M.; Gruppe 3: 46 400 M.; Gruppe 4: 52 200 M.; Gruppe 5: 58 000 M.; Gruppe 6: 64 800 M.; Gruppe 7: 71 600 M.; Gruppe 8: 78 400 M.; Gruppe 9: 85 200 M.; Gruppe 10: 92 000 M.; Gruppe 11: 98 800 M.; Gruppe 12: 105 600 M.; Gruppe 13: 112 400 M.; Gruppe 14: 119 200 M.; Gruppe 15: 126 000 M.; Gruppe 16: 132 800 M.; Gruppe 17: 139 600 M.; Gruppe 18: 146 400 M.; Gruppe 19: 153 200 M.; Gruppe 20: 160 000 M.

Die Einkommen der Angestellten sollen im 1., 2. und 3. Lebensjahr 700 M., 900 M. und 1100 M. betragen, während die Einkommen der Angestellten im 4. bis 19. Lebensjahre 8500—17 200 M. betragen. Die Einkommen der angestellten kaufmännisch-gewerblichen Angestellten unter 20 Jahren wurden, sofern die Betroffenen 1905, 1904 oder 1903 geboren sind, auf 23 650 M., 24 500 M. und 25 350 M. festgesetzt. Nachzahlungen aus Anlaß von Verletzungen einzelner Orte in eine höhere Ortsklasse sollen in Zukunft nicht mehr erfolgen. Die von den Angestellten-Organisationen ist die Verhängung einer Sperre über Bankbetriebe verboten. Die geschlechtlich zugelassenen Überstunden wurden für Vorkursleistungen erhöht. Die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten haben gegen diesen Schiedsspruch gestimmt, der im übrigen mit den Stimmen der Unparteilichen, der Wei-

über des Reichsverbandes der Bankleitungen sowie der Vertreter des Deutschen Bankbeamtenvereins zustandekam.

Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau

Die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau liegen jetzt bis auf einen gewissen Grad vollständig vor. Bekannt sind die Ergebnisse von 256 Betrieben; die Ergebnisse von 20 Betrieben liegen noch aus. Es haben erhalten: die freien Gewerkschaften 138 970 Stimmen; 1159 Betriebsräte; 631 Betriebsräte; der Reichsverband der Bergarbeiter 77 026 Stimmen; 24 Betriebsräte; die Politische Betriebsvereinigungen 16 091 Stimmen; 66 Betriebsräte; die Freie Arbeitervereinigungen 106 138 Stimmen; 762 Betriebsräte; die Syndikalistischen 17 788 Stimmen; 128 Betriebsräte; die alten Gewerkschaften 1254 Stimmen; 8 Betriebsräte; Sonstige 5509 Stimmen; 26 Betriebsräte.

Noch keine Begnadigung der Loulon-Gefangenen

Nach einer Ende März durch die Presse gegangenen Meldung sollen die früher in Loulon inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen zufolge der Angaben eines dort heimgekehrten Kameraden in 14 Tagen sämtlich in die Heimat entlassen werden. Am 11. März wurde in Loulon nichts bekannt. Die Möglichkeit der Rückkehr hat sich leider nicht bestätigen lassen. Der englische Kriegsbericht selbst stellt entschieden in Abrede, eine solche Neuerung geben zu haben.

Synäre der belgischen Befragung

Die R.N. melden aus Brüssel: Die belgische Befragungssynäre hat in Loulon die Polizeibehörde für Lokale und Gewerkschaften auf 6 Uhr festgelegt. Unter der Befragung hehrlich infolge dessen große Erbitern. Die Befragung wird streng durchgeführt; wer ohne Ausweis angetroffen wird, wird mit 8 Tagen Gefängnis bestraft. — Der flüchtige Beamte der Schutzpolizei in Loulon, G. B. B., dessen Rücktritt mit der Befragung des belgischen Oberleutnants Grafe in Zusammenhang gebracht war, ist von der Befragungsbefehle in Loulon verhaftet worden. Doch hat bisher die Untersuchung über die Ermordung Grafes keine wesentlichen neuen Momente ergeben. Gemäß Angaben geben den Verdacht, daß als Urheber der Ermordung nicht deutsche Standangehörige, sondern Mitglieder der Freimaurer in Frage kommen. Gerüchte sprechen von einem Nachschuß.

Gemeindepolitik

Dürmerheim, 9. April. Freireiserei und Ruderpreis für Milch! In letzter Zeit mehren sich die Klagen über den neuen Aufschlag der Milch. Was jetzt teilweise der Milchbauern mit einem Aufschlag von drei Mark kommt. Es ist ja bekannt, daß diese Steuer nicht nur für die Bauern, aber auch für den Konsumenten, sondern auch für die Arbeiter, die Milch abgeben müssen, zu zahlen haben. Die Milchbauern sind in der Lage, die Milch zu verkaufen, die Arbeiter nicht mehr möglich, sein können. Wenn man bedenkt, daß man die Milch in Paris zu 80 M. kauft, noch für 60 M. erhält, so sollte man doch glauben, daß die Milch auf dem Lande mindestens etwas billiger abgeben wird, während auf die Milch in Karlsruhe durch Verfeinerung mit der Bahn usw. ziemlich hohe Unkosten kommen. Selbst ein Preis von 8 M. kann man nur als ein Wunder betrachten. Auch von anderen Orten kommen dieselben Klagen, so wurde in Bismarck ein von Bauern ebenfalls erklärt, daß die Milch von der nächsten Woche ab 8 M. kosten würde. Obgleich solche unangenehme Forderungen sollte unbedingt eingeschränkt werden.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes hat trotz Kostenanstieg bei der Wirtschaft der Berufsgruppen erhalten. Der Arbeitsmarkt der Textilindustrie ist noch gut gefüllt. Die Lage in der Lederindustrie hat sich im allgemeinen gebessert. In der Genußmittelindustrie ist bei der Inflationssituation eine schwere Zunahme der Produktion zu beobachten. In der Textilindustrie ist die Produktion in dem gewöhnlichen Umfang betrieblig, so geht nurmehr auch das Schuh- und Lederhandwerk, dessen Produktion seit längerer Zeit im allgemeinen gering war, eine kleine Zunahme des Bedarfs an Schuhen, und zwar an Strümpfen für das Schuh-

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte
Von Anna Croissant-Ruß
(Fortsetzung)

„Ach, Sie schwärmen gewiß auch fürs Lesen“, unterbrach ihn das Rosinchen. „Sehen Sie, ich auch. Schiller, lieber Gott wie schön, und Goethe! Wann sie nur kein so kleine Druck hätten!“

„Aber wie's Konversationslexikon, das hab ich auf Wohnung, aber man soll sich nicht abgeben lassen, da kann man viel Bildung kriegen, Sie!“

„Den Schiller besitze ich ja auch großartig auf die Bühne. So a Maria Stuart zum Beispiel. Ist das nicht einzig, wie sie sagt: „Arm in Arm mit dir forder ich mein Jahrhundert in die Eternität“. Oder so ein Mörcher. Ich greif oft über'n glauben, Sie's oder glauben Sie's nit, wann ich a frisches Sachbuch dabei hab, natürlich. So während is er.“

„So, das gefällt Ihnen am besten? So künstlich sind halt die Damen. Ich bin mehr fürs Nützliche. So ein Franz Moor, oder gar eine Elisabeth, wenn's eine Dame sein muß, sowas imponiert mir, da bin ich dafür.“

„Ach, was sind Sie gebildet! Was wissen Sie mit alledem! Bezaubert das Rosinchen.“

„Wacht sich schon?“ In der Freilich bescheiden; er hatte ein paar Rollenbücher in der Ecke aufgeschützt und legte sie schweigend auf die Erde, um nach einer neuen zu greifen.

„Bergehen Sie, Herr Glode, Sie haben doch gewiß viele Theater gesehen, bitte Sie, erzählen Sie mir doch!“

„Ja mein, so viel, daß ich's gar nimmer weiß. In Paris san's groß und in London san's auch groß, gewiß und wahr, und schön, Sie machen Ihnen keinen Begriff. Paris hat bald drei Millionen Einwohner und London hat beinahe vier Millionen, gemeinhunderttausend Bevölkerung. Welt, da sitzen Sie! Und die Menschenmenge im Theater! — Aber was ich sagen wollt', die Rede hat Schabenscher.“

„Gott, wenn die Rede gemacht werde, is alles weg, Sie sollte sie habe ganz billig und die Kunst! Da drinn sind noch ganze Eiß!“ Sie deutete nach dem Winterzimmer, und lauernd schamfäulend, küßten folgte Reih's die ihrer Hand. Da drinnen waren auch noch Waren?

„Ja, ich bin schon weit herumgekommen, Fräulein Rahm, aber so ein Interesse an geistlichen Sachen und was das Theater und's Lesen anbetrifft, hab ich noch nicht leicht so schnell gefunden bei einem weiblichen Fräulein. Gewiß und wahr! bezauberte der Freilich.“

„Jetzt schmeicheln Sie aber, ich hab alles aus mir selber. Ja, wenn ich jemals gehabt hätt', der mich verstande und gebode hätt' —“ Sie lachte freudig ein.

„Es ist nicht aller Tage Abend, was nicht ist, kann noch werden, es ist nichts so sein gepossen, so kommt es an die Sonnen. Wie war denn das Fräulein, wenn mir — mir pöhten doch prächtig zusammen — etwa zu diesem oder einem anderen Besuche ein Verhältnis anzuknüpfen iden?“

„Ist jetzt war der Augenblick da! Wie ein Witzstück fiel er vor dem Rosinchen nieder.“

„Was? Jotterie es, ein Verhältnis? Man sagt, man meint, nein — es kommt nichts Gutes dabei raus.“

„So? Meinen Sie? Also anderst. Antwiefen könnte eine eheliche Verbindung zwischen uns stattfinden?“

„Das kann sich hören lassen, das ist ein Wort, Herr Glode! Antwiefen? Antwiefen, als wir uns verloben können, zu dem Besuche bin ich zu haben, das weitere wird sich finden.“

„Ja natürlich, aber darin bin ich doch der Ueberlegene. Sie sagen halt Verlobung und ich, wo ich doch so weit gereist bin, meine das feste. Manneswort ist Manneswort, Ehre heißt Ehre, und prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich der Mann zum Weibe findet, wenn Sie einverstanden sind, san mir miteinander verlobt.“

„Ja, ich bin einverstanden, Herr Glode, und ich habe mich gepreßt, es ist mich ewig gebunden und ich, wo ich denk, daß ich mich zu Ihnen finde werd', sagte das Rosinchen schnell und kam fünf hinter dem Wandstisch vor. Dann streckte es beide Hände aus, stellte sich neben Reih's, indem es ihm seinen Kopf immer näher brachte, denn so gehört sich's für eine verlobte Frau, und es war doch eine verlobte Frau. Ganz so, wie es damals vor dem Adonis auf dem Eise gestanden, hand es nun da und warnte, aber es kam nichts. Gott, war er schickstern!“

„Jetzt müßte mir aber auch Du sage“, animierte sie.

„Jawohl, das machen wir. San mir's also? Ja?“ damit nahm er ihre Hand, schüttelte sie und sagte, fastwärtend, indem

er immer wieder sagte: „Mein Schmeckel, ja mein Schmeckel, mein Schmeckel bist jetzt. Und die Reden, die Krieg is um vier Mark, oder so?“

„Was fällt dir ein?“ schrie das Rosinchen, ganz Geschick. „Sehe is se wert, seche.“

„Was? Am Verlobungstag soll ich sechs Mark zahlen?“

„Kann se ein fünf, Reih's, und sei ganz still, du weißt ja gut wie ich, daß se mehr wert is.“

„Eufzend zögte der neugebackene Bräutigam, und die Braut wickelte die Rede recht jetzt zusammen (ich auch noch ein Stück von dem großen Bogen weg, für ein anderes Paket zu verwenden), damit sie ja nur einen kleinen Umfang habe und ihn nicht so sehr belästige, drückte ihm den Waden in den Arm und ließ dazu, es war mittlerweile dunkler in den Abendstunden geworden, da trautte es sich zu fiden: „Reih's, jetzt geb mir den Verlobungskuß.“

„Ja ja“, sagte er, und ohne das Paket weiter aus der Hand zu legen, küßte er, wohin er gerade trat; er kam auf Rosinchen's Nase, aber es galt auch so.“

„Am Sonntag nach dem Essen kommst du, der Bode küßt, dann küßt mich alles bezaubert.“

„Und anschauen, natürlich anschauen. Jetzt adieu, Reih's, und mach' Reht.“

„Doch plötzlich fiel ihm etwas ein, er drehte sich wieder um, und wie er das Rosinchen ansah, drehte er es an sich, die beide Bettende kam abermals dazwischen, aber das „malefische“ Reih's beide nicht. Das Rosinchen war ganz überglücklich, der Verlobungskuß des Bräutigams halber, und er räumte für zu: „Welt, jetzt bist verlobt! mein Schmeckel, ja, mein Schmeckel bist, mein Schmeckel.“

Und nach diesen bezeichnenden und treffenden Worten empfand er sich schnell und unter Rasenhanden mit dem Paket um fünf Mark.“

Die verwirrte Braut sah ihm säcklich und doch in einem Widerstreit der Gefühle nach, ihre Augen festeten an den aufgeschüttelten Dedon:

„Ich hab se weiß Gott zu billig gegeb',“ sagte sie trübend sich vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Mitgliederversammlung des Badischen Lehrervereins

(Hauptversammlung)

Karlsruhe, 11. April.

Am 10. Ubr. begann in dem vollbesetzten großen Saal der Halle die öffentliche Hauptversammlung. Anwesend sind der Staatspräsident Hummel, die Spitzen der Unterrichtsverwaltung, der Stadtvorstand, Vertreter der Beamten, der Universitäten, der Kirchenregierung, des Philosophenvereins, der Seminare, des Kreisstudienamts, des pädagogischen Vereins, des Badischen Lehrervereins, der Obmann des Badischen Lehrervereins, Hauptlehrer Hofheinz, Genosse die Anwesenden und wies auf die Bedeutung der heutigen Tagung hin. Darauf ergriff der Redner der Versammlung, Minister und Seminarleiter a. D. Dr. Seifert, das Wort, von lebhaftem Beifall begrüßt. Er führte zum Thema: Die Knechtung der Lehrerbildung etwa folgendes aus: Die Knechtung der Lehrerbildung ist eine einseitig angelegene Forderung der Reichsregierung. Heute gilt es, sie in die Tat umzusetzen. Aber heute hat sie lebhaftige Kämpfe ausgelöst. Die Gründe sind mannigfaltig. Man befürchtet eine Entfremdung des pädagogischen Lehrers, daß der als einseitige Knechtung nicht den Weg findet, aber daß andere Kinder nicht mehr Lehrer werden können. Ein wichtiger Grund ist die finanzielle Frage und die, ob eine erhöhte Lehrerbildung überhaupt für die Volksschule nötig ist. Die finanzielle Frage ist heute gerade heute von entscheidender Bedeutung. Doch sind die meisten bisher von den Gegnern präferierten Rechnungen falsch. Der Abbau der Seminare deutet, wie der Redner für die Schichten nachweist, die neuen Ausbildungsstellen. Auch die höhere Gehaltsentziehung wird sich langsam vollziehen und erst nach einem Lebensalter fertig sein. In manchen Dingen wird auch der Staat entlastet, freilich dafür die Eltern stärker belastet. Darin liegt eine Gefahr für die münderbemittelte Bevölkerung. Hier kann Abhilfe getroffen werden. Wir dürfen die höhere Bildung allgemein nicht den neuen Reichen überlassen. Diese neuen Kreisläufe sind eigentlich nur ein Gutmachen eines alten Unrechts. Die finanzielle Frage ist zu prüfen unter dem Gesichtspunkt des gesamten Staatsaufwands gegenüber. Denn will man sehen, wie gering die Kosten im Verhältnis sind. Diese Aufwendungen sind eine Kapitalvermehrung des Volkes. Wir können nur durch Verbesserung der Produktion Wertleistungen erzielen. Dazu ist eine Erhöhung der Intelligenz der Arbeiterschaft nötig. Der Anteil der Schule hieran ist freilich nicht zahlenmäßig festzustellen, doch braucht man sich nur einmal eine Weiterbildung der Volksschule in Deutschland vorzustellen. Die Erhöhung der Lehrerbildung ist also von wirtschaftlicher Bedeutung. Dazu gehört auch die Aufnahme des Arbeitskollegiums in die Schule. Die finanziellen Bedenken müssen zurücktreten hinter dem Nutzen, den die erhöhte Lehrerbildung bringt.

Redner wendet sich nun den Einwänden zu, die eine Erhöhung der Lehrerbildung für die Elementar- und Mittelschulen für unmöglich halten. Auch andere Berufe waren einst geringwertig in ihrer Ausbildung. Auch die Schule muß sich dem anpassen. Die Familie ist nicht mehr, was sie einst war. Der Anteil der Schule an der Erziehung ist heute größer als früher. Darum muß auch dem Lehrer eine weitergehende Ausbildung zuteil werden. Dem Erziehungsberuf muß eine höhere Bildung gewährt werden, denn er arbeitet an der Zukunft, an unvergleichlichen Quellen der Volksschule. Es gibt nichts Wertvolleres als das Kind. Der neue Staat muß auch hier neu denken. Wir brauchen die Mäule der Tüchtigen; dazu muß der Lehrerberuf ein höherer werden, um der Verantwortlichkeit willen. Redner spricht dann über die Umbildung der Seminare. Diese sind abzuschaffen. Der Lehrerberuf braucht eine höhere Allgemeinbildung. Die eigentliche Hochschule darf nicht auf einer besonderen, irgendwie gehobenen Hochschule beruhen, sondern an den Hochschulen. Redner erörtert eingehend die Einwände und Gründe dieser Forderung. Die Erziehung der Erziehungsprobleme ist eine der bedeutendsten Aufgaben der Hochschulen. Auch der Lehrer des Volkes muß ein Teil in der freien Luft der Wissenschaft geatmet haben. Wir wollen vom neuen Staat, daß er diese alte Forderung der Lehrerbildung aufnimmt und trotz aller Widerstände verwirklicht. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Von lebhaftem Beifall begrüßt führt Herr Staatspräsident Hummel folgendes aus: Die badische Regierung sieht der neuen Lehrerbildung freundschaftlich gegenüber. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Zeit, deren Sinn wir noch nicht erkennen. Die deutsche Kultur hat noch ein weltgeschichtliches Recht auf Weiterleben. Wir müssen die kulturellen Kräfte sammeln. Dazu ist auch der Typ eines neuen Lehrers nötig; er muß in weit höherem Umfang gebildet sein, denn er muß die neue Gesellschaft bilden. Die neue Lehrerbildung ist letzten Endes ein Weltanschauungsproblem. Des weitern spricht Minister Hummel über die finanziellen Schwierigkeiten. In Baden ist der Beginn der neuen Lehrerbildung erfolgt. Dem Haushaltsausschuß wird nach Obens das Material vorgelegt, damit Stellungnahme genommen werden kann. Bis jetzt gibt es in Baden keine Schwierigkeiten, weder vonseiten der Hochschulen noch des Landtags. Der Minister wünscht dem badischen Lehrerverein noch weiterhin Einmütigkeit und Vorwärtsstreben. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzem Schlusswort schloß Obmann Hofheinz die Versammlung.

Am Landestheater fand abends im festlichbeleuchteten Hause eine Aufführung von Richard Wagner's „Parsifal“ statt. Das Haus war voll besetzt. Die wohlüberbereitete Vorstellung war von einem bis zum Schluss stimmungsvollen Verlauf. Man spürte, daß alle Künstler ihr Bestes gaben. Herr Lorenz spielte das Werk mit großer Sachlichkeit und sicherer Hand aus. Seine Ziele sind von der üblichen Schablone ab. Er hat die Wagnerische Bräutigam gütig und dadurch gewann diese Gabe an Interesse und Sympathie. Frau Brügelmann war durchsichtig ins Liebesleben große geworden, sie wußte mit allen künstlerischen Mitteln der schwierigen Partie ein machvolles Bild zu geben. Kräftig klang der Zauberstäbenchor, der auch in der Darstellung ein lebensvolles Bild abgab. Der Chor zeigte Ringler war stimmlich gut, dagegen etwas flach in der Darstellung. Herr Lange als Parsifal's Vater gab dem Werk ungemein schwierig zu gestellten Werte sorgsame Aufmerksamkeit. Das Werk hinterließ eine möglichst tiefe Wirkung.

Gedenket der Sammlung „Altershilfe“.
Erlauben Sie den Ortsausschuß Karlsruhe, auch die Kleinste nehmen alle Banken, sowie die Kassenverwaltung der Geschäftsstelle (Gartenstraße 49, Postfachkonto Nr. 4877) dankend an.
8290

Neuregelung der Beiträge für die Partei

Ein Vorschlag

Die finanziellen Leistungen der Parteimitglieder für die Partei müssen einer Neuregelung unterzogen werden — und zwar recht bald. Mit den gegenwärtigen Beiträgen kann die politische Bewegung weder gehalten noch gefördert werden. Die Durchführung ist naturgemäß nicht leicht, angeht die bitteren Notlage, in der sich die Anhänger unserer Partei befinden. Genosse Oskar Trinks, der Parteisekretär für Mittelbaden, hat einen Vorschlag ausgearbeitet, den er uns zugelandet hat mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen. Genosse Trinks schreibt uns:

Nicht nur das Reich, die Länder und die Gemeinden werden täglich vor Ausgaben gestellt, wofür die erforderlichen Mittel beschafft werden müssen, sondern auch die Gewerkschaften und die politischen Parteien. Die Schwierigkeit, mit den Mitgliederbeiträgen die notwendigen Aufwendungen zu bestreiten, fällt natürlich den sozialistischen Parteien ungleich schwerer, als den Parteien, in denen Kapitalisten in größerer Zahl organisiert sind. Dort mag ein Ausbilden an die kapitalistischen Mitglieder genügen, um der Parteikasse die benötigten Mittel zuzuführen. Nicht so einfach liegen die Dinge für die sozialistischen Parteien, weshalb allenthalben die Frage erörtert wird, wie die Beitragsleistung in befriedigender Weise geregelt werden kann. So hat z. B. vor kurzem die Zentralleitung der USF, einen Vorschlag zur Diskussion gestellt, der ja auch im „Volkfreund“ zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Mitglieder der USF, erwidern sollten, ob nicht ein Stundenlohn als Monatsbeitrag zur Einnahme gelangen könne.

Auch unsere Partei muß zu einer Neuregelung der Beiträge kommen. In Nr. 1 (Jahrg. 1922) der SPD-Nachrichten hat der Parteivorstand eine Erhöhung der Beiträge auf 2 M für männliche Mitglieder und 1 M für weibliche angeordnet. Diese Vorschläge, so einfach sie auch, insbesondere in bezug auf ungeschulten Arbeitern sein mögen, treffen meines Erachtens nicht das Richtige, denn ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß jedes Mitglied auch bei größter Euphorie einen Stundenlohn zu entnehmen in der Lage ist. Gibt es doch jetzt so viele Arbeiter, denen die Verdienste nicht ausreichen, um nur die allerersten Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Ein Beitrag von 2 M für männliche Mitglieder und 1 M für weibliche ist zwar nicht hoch und bleibt weit hinter der Geldentwertung zurück, trotzdem will mir scheinen, daß auch dieser Weg nicht zum Ziele führt.

Ich weiß, daß wir Mitglieder haben, die schon lange politisch organisiert sind; mit allen Fasern ihres Herzens an der Partei hängen, deren Notlage aber jetzt so groß ist, daß es ihnen schon schwer fällt, den jetzt bestehenden Beitrag von 80 Pf bzw. 1 M zu leisten. Da aber die notwendigen Mittel beschafft werden müssen, so haben eben nach allem sozialdemokratischen Grundsatze diejenigen, die es können, mehr zu leisten, um dem ganz armen, schwer um die Existenz ringenden Genossen, das Verbleiben in der Parteiorganisation zu ermöglichen.

Der wirtschaftlich Stärkere muß auch in diesem Falle für den Schwächeren eintreten. Wenn wir eine Beitragsregelung treffen wollen, die auf lange Zeit vorhält und die auch sozial gerecht ist, so müssen wir zu Stufbeiträgen und zur Selbsteinschätzungspflicht der Mitglieder kommen.

Ich schlage deshalb eine Staffelung derselben wie folgt vor:

1. Klasse	10 M pro Woche
2. „	5 „ „ „
3. „	3 „ „ „
4. „	2 „ „ „
5. „	1 „ „ „

Es erübrigt sich dadurch auch, besondere Beitragsmarken für weibliche Mitglieder zu führen, da auch diese die Möglichkeit haben, diejenige Beitragsklasse zu wählen, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.

Die Beitragsabführung denke ich mir so:

- 50 % an den Parteivorstand Berlin,
- 30 % an den Bezirksvorstand Mannheim,
- 20 % verbleiben dem Ortsverein.

Da nun die Zeit drängt, kann nach meinem Dafürhalten nicht erst ein Beschluß des Parteitag abgewartet werden, sondern diese Frage sollte umgehend in Urabstimmung erledigt werden. Auf dem Abstimmungsstempel sind neben einigen Worten der Begründung alle fünf Beitragsklassen anzuführen. Das Mitglied streicht alle Klassen durch, bis auf diejenige, die es für sich in Anspruch nimmt. Doch jedes Mitglied dabei bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit geht, daran zweifle ich keinen Augenblick. Diese Art der Beitragsleistung ist auch elastisch genug, daß, wenn z. B. ein Mitglied in eine vorübergehende Notlage gerät, es während dieser Zeit in einer niedrigeren Beitragsklasse Markten liegt und nach Besserung der Lage sich wieder in eine höhere Klasse einreihen läßt.

Der Vorschlag des Genossen Trinks wird hoffentlich in allen Ortsvereinen in den nächsten Versammlungen zur Beratung gestellt, denn die Beitragsleistung muß raschestens neu geregelt werden. Uns erscheint der Vorschlag des Genossen Trinks nicht nur sehr beachtlich, sondern auch durchführbar zu sein. Ueber Einzelheiten des Vorschlags wird noch zu reden sein. Der Trinksche Vorschlag will zwei Notwendigkeiten durch die Neuregelung erfüllen: erstens, den unter den wirtschaftlichen Noten besonders hart leidenden Genossen das Verbleiben als zahlendes Mitglied der Partei ermöglichen, der Partei aber doch erhebliche höhere Mittel zur Führung des Kampfes verschaffen. Und es erscheint uns nur gerecht, wenn die Parteimitglieder, die finanziell leistungsfähiger sind, auch finanziell mehr leisten für die Partei. Die Selbsteinschätzung gibt jedem Parteimitglied die Freiheit, sich selbst nach seiner Leistungsfähigkeit einzuschätzen. Das wäre sicher ein sehr großer Vorzug gegenüber den Beiträgen, die unterschiedslos für alle von einer Konferenz beschlossen werden. Genossen, prüft den gemachten Vorschlag und es wäre wertvoll, wenn die einzelnen Ortsvereine den jeweils gefassten Beschlüssen auch im „Volkfreund“ veröffentlichten würden, damit alle Genossen in unseren Verbreitungsbezirk auch einen Ueberblick über die Stimmung und Entscheidung der mittelbadischen Genossen erhalten.

Badische Politik

Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1920. Nach den Erhebungen des Stat. Landesamtes betrug die Zahl der im Jahre 1920 Gestorbenen (ohne die Totgeborenen) 32 753, d. h. 14,6 Prom. der mittleren Bevölkerung. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts belief sich diese Ziffer auf 27,9, im letzten Friedensjahr (1913) auf 15,2. Das Jahr 1920 hat also wohl die geringste überhaupt in Baden festgestellte Sterblichkeit aufzuweisen. Unter den Todesursachen steht die Altersschwäche an erster Stelle (11,1 Prom. aller Todesfälle). An zweiter Stelle steht die Lungenschwindsucht (10,1 Prom.). Auch Angenentzündung, Krebs, angeborene Lebensschwäche, Magen- und Darmkatarrh (Zugänge) und Gehirnerkrankungen (ältere Leute) spielen eine große Rolle. Von den übertragbaren Krankheiten erforderte die Influenza 1923 Opfer. — Besonders Interesse beansprucht die Säuglingssterblichkeit. In die Mitte des vorigen Jahrhunderts kamen auf 100 Lebendgeborene 25,5 im 1. Lebensjahr Gestorbene, diese Verhältniszahl sank bis zum Jahre 1913 auf 13,8; im Jahre 1920 betrug sie 11,8. Damit hat im Jahre 1920 die Säuglingssterblichkeit in Baden einen außerordentlichen Tiefstand erreicht. Auch im Berichtsjahr war die Zahl der im Säuglingsalter gestorbenen Kinder größer als die der Mädchen. Bei Knaben betrug das Verhältnis 12,7, bei den Mädchen nur 10. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder erwies sich größer als die der ehelichen. Diese belief sich auf 10,9 Prom. der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, jene dagegen auf 19,0 Prom.

Aus der Partei

Theodor Schwarz †

In der Nacht zum Sonntag ist in Lübeck Lutz vor Vollendung seines 81. Lebensjahres der langjährige Reichstagsabgeordnete und Führer der Lübecker Sozialdemokratie, Genosse Theodor Schwarz, gestorben. Einer der ältesten lebenden Sozialdemokraten, sowohl den Lebensjahren nach als auch in bezug auf die Jahre der Jugendschicksale zur Partei, ist mit Theodor Schwarz dahingegangen. Nicht nur in Lübeck war „Thebe“ unter den Parteigenossen allbekannt. Er hatte, nachdem er in Lübeck die Armenkassa besucht hatte, als früh verwaister Waise sein Glück als Schiffsjunge versucht, dann wurde er Normer und hörte eines Tages auf der Wandererschaft Ferdinand Raffale reden. Seit diesem Tage war er für die Arbeiterbewegung gewonnen. Nach Lübeck zurückgekehrt, gründete er dort eine Ortsgruppe des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. Infolge seiner Agitation arbeitslos geworden, ging er abermals auf See. Die Erfahrungen, die er hier sammelte, machten ihn zu einem Vorkämpfer für die Reform der Seemannsordnung, als den man ihn jahrelang im Reichstag gekannt hat.

Schon seit 1877 kandidierte Schwarz in Lübeck für die Partei zum Reichstage. 1890 wurde das Mandat zum erstenmale gewonnen und, nachdem es 1893 vorübergehend verloren war, eroberte Schwarz es 1898 wieder, um bis zur Revolution dauernd dem Reichstage anzugehören. Als die Praloxie sich spaltete, schloß Schwarz sich der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“ an, ohne jedoch seine Parteizugehörigkeit aufzugeben. Der Partei der Unabhängigen ist er niemals beigetreten und die organisatorische Spaltung der Partei hat er stets bekämpft. Bis in die letzte Zeit hinein gehörte der nunmehr Verstorbene auch der Lübecker Bürgerstadt an. Bevor der Parteivorstand der Normer sich mit dem Metallarbeiterverband ver-

schmolz, war Schwarz auch über ein Jahrzehnt lang der Vorsitzende der Normergewerkschaft und später Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften.

In allen Jahren, die die Arbeiterchaft ihm im Laufe der Jahrzehnte übertragen, hat „Thebe“ immer seinen Mann gestanden. Darüber hinaus war er ein braver Kamerad und guter Gesellschafter. Sein Andenken wird auch in der Partei fortleben, der er mehr als ein halbes Jahrhundert gedient und zu deren treuesten Helfern er bis zu seinem Tode gehört hat.

Ein Schiffsjunge. Gen. Osk. Cunow vollendete am Sonntag 11. April sein 60. Lebensjahr. Er blüht auf eine arbeitsreiche Vergangenheit zurück und steht dabei mitten in einer arbeitsreichen Gegenwart. Als Landtagsabgeordneter und Redakteur des wissenschaftlichen Parteiorgans „Die Neue Zeit“ wirkt er im unmittelbaren Auftrage der Partei, als Professor für Ethnologie und Soziologie lehrte er an der Berliner Universität. Daneben ist er in hervorragendem Maße schriftstellerisch tätig. Erst im letzten Jahre erschien sein zweibändiges Werk über „die Marxsche Gesellschafts-, Gesellschafts- und Staatstheorie“. Vor dem Kriege gehörte Cunow über ein Jahrzehnt auch dem Redaktionsstab des „Vorwärts“ an und war außerdem Redakteur für Soziologie und Sozialgeschichte an der Sozialdemokratischen Parteischule. Wir verbinden unsere Wünsche zu seinem 60. Geburtstag mit denen all der Parteigenossen, die aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten und aus dem persönlichen Verkehr mit ihm wertvolle Waffen für den politischen Tageskampf gewonnen haben.

Spät. Am Osterfestabend, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum grünen Baum die diesjährige Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen.

Kleine badische Chronik

Misch. Der ländl. Ortsverein Misch hielt am vergangenen Sonntag im vollbesetzten Saal seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Tagesordnung sprach Redner Bau vom Verband bad. ländl. Genossenschaftlichen Kreisverband über genossenschaftliche Tagesfragen. Bezirksobmann und Vorstand Böllner machte interessante Ausführungen über Kartoffelbau unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

Heidelberg, 11. April. Selbstmord. Ein Dienstmädchen und eine alleinlebende Witwe machten ihrem Leben durch Vergiften ein Ende.

Heidelberg, 11. April. Der Seismograph der Königsstuhl-Station registrierte am Samstag, 8. April ein heftiges Erdbeben. Der Herd dürfte rund 3000 Kilometer entfernt sein.

Erbers, 11. April. Einbruch. In der Nacht zum Sonntag wurde in das hiesige Schlachthaus eingebrochen. Der oder die Täter kassierten zwei große Säute und ein Kalbsfell. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

Freiburg, 11. April. Kirchenraub. In der Nacht vom 10. auf 11. April wurde in der Rosannistriede eine Kapelle mit einem Nachschlüssel geöffnet und daraus wertvolle kirchliche Geräte, darunter zwei Reliquie im Gesamtwert von 20 000 M. gestohlen. Wobin der Mörder die Reliquie gebracht hat, war im Laufe des heutigen Tages nicht zu ermitteln. Wahrscheinlich haben sie der oder die Diebe am Abend zuvor in der Kirche eingeschleppt lassen und sind am Morgen unbemerkt entkommen.

Wetz, 11. April. Tödlicher Unfall. Das vierjährige Kind des Arbeiters Simon fiel rückwärts in ein am Boden liegendes Gefäß mit heißem Wasser. An den erlittenen Brandwunden ist es verstorben.

Das Landen. Man schreibt uns: Die Ortsgruppe Daxlanden des Reichsbundes der Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ist aus dem Reichsbund ausgeschieden und nennt sich nunmehr „Vereinigung Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“. Die Veranlassung wurde einstimmig wieder genehmigt.

Unfall. Als gestern vormittag ein heftiger Sturm von Südwest nach dem Bodensee fuhr, ging an seinem Ufer ein Bootstrahlzug aus. Der Bootstrahlzug fuhr vom Bodensee nach dem Bodensee und wurde durch einen Brandstiftungsvorgang in letzter Zeit wieder teils in der Hochsee und teils auf den Bodenseen des Bodensee-Seegebietes vertrieben, ohne daß die Täter bis jetzt ermittelt werden konnten.

Valuta-Bericht vom 11. April.
Die Marktnotierte heute in der Schweiz betrug 1.85 Cts. Die Notierte in Holland betrug etwa 107,20 A. per 100 Gulden. Die Notierte in Belgien betrug etwa 55,00 A. per 100 B. Die Notierte in Frankreich betrug etwa 23,15 A. per 100 F. Die Notierte in England betrug etwa 284 A. per 100 £.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterverwaltung vom 12. April.
Vorläufige Mitteilung: Zunächst noch einzelne Regenfälle, dann Aufhellung und Erwärmung, aber noch keine bedeutende Besserung.

Wassersstand des Rheins.
Eulerinsel 290, gest. 20 Jm. Kopf 396, gest. 9 Jm. Mainz 618, gest. 5 Jm. Mannheim 571, gest. 22 Jm. Koblenz 10, 4: 322 Jm.

Rechte Nachrichten

Das russische Programm für Genoa

Genoa, 10. April. (Verpätet eingetroffen.) Die russische Delegation erklärte mit besonderem Nachdruck, daß sie in keinem Interesse des Wiederaufbaus nach Genoa gekommen ist. Die russische Delegation schreibt größte Wichtigkeit dem Punkte der Genoa-Resolution zu, die die gegenseitige Anerkennung der verschiedenen Wirtschaftssysteme und politischen und wirtschaftlichen Normen bezweckt. Die russische Delegation bestreitet nicht, ihre eigenen Theorien zu betonen, sondern verlangt, praktische Beziehungen zu allen Regierungen, Industrie und Handelskreise anzuknüpfen. Das große Problem ist nur zu lösen, wenn alle Nationen den aufrichtigen Wunsch haben, ihre Anstrengungen zu vereinen und wenn sie einsehen, daß die notwendigen Opfer zu bringen. Die wirtschaftliche Anerkennung Russlands erscheint als unbedingte Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung der Welt. Russlands will mit allen Mitteln seiner Macht zur Lösung der Aufgaben der Konferenz beitragen. Es will seine Grenzen öffnen und internationale Transitwege schaffen. Es ist bereit, auf landwirtschaftlichem und industriellen Gebiete große Investitionen zu tätigen. Das Wert der wirtschaftlichen Umgestaltung Russlands wäre vollkommen ausbleibt, wenn die ökonomisch wichtigsten Staaten durch die Macht ihrer Ansprüche und ihrer wirtschaftlichen Erneuerung der Welt sind augenblicklich bedroht. Die Gefahr neuer Kriege, die über den Balkan schwebt, ist die russische Delegation beunruhigt. Vorschläge über die Einrichtungen der Missionen eingehenden. Russlands selbst ist in einer solchen Einschränkung der Missionen bereit. Mit Berücksichtigung nimmt die russische Delegation von dem Vorschlage der englischen Ministerpräsidenten Kenntnis, der die periodische Berufung von Konferenzen unter Beteiligung aller Nationen vorschlägt. Die Teilnahme der Arbeiterorganisationen an diesem Kongreß ist unbedingt notwendig.

Am den Achthundentag — Arbeitszeitgesetz

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beruhte am Freitag durch Vernehmung Dr. Dillers die Sachverständigenberatungen zum Arbeitszeitgesetz. Dillers erläuterte die Unterschiede zwischen Arbeitszeitgesetz, Differenzierung der Arbeitskraft erfordern, und solchen, bei denen der Arbeiter im wesentlichen Beschäftigter ist. In den Industrien der ersten Art, wie z. B. der Eisenindustrie, hat sich der achthundentag durchaus bewährt. Durch die Erhöhung der Arbeitsleistungen sei dort eine Kompensation der Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Außerdem habe der achthundentag zur Verbesserung der Technik und der Organisation der Betriebe geführt. Für die deutsche Industrie erweise der achthundentag durchaus tragbar. Die Leistungsfähigkeit der Industrie werde durch ihn viel weniger hervorgerufen, als durch die Erhöhung der Kohlenpreise die schwierigen Verkehrsverhältnisse und die Erhöhung der Wirtschaft mit Vorkehrungsmaßnahmen, die sich aus dem schwankenden Geldwert ergeben. Die Kompensationsleistung, wie sie oben geschildert wurde, sei zwar nicht bei allen Arbeiterkategorien gegeben, aber man solle auch hier den achthundentag schon aus futuristischen Gründen als obere Grenze setzen lassen. In der Aussprache erklärten die Arbeitgeber, daß die Arbeit nicht gegen die öffentliche Befriedigung der achthundentag sein. Sie hielten aber die Durchführung in diesem Augenblicke nicht für angebracht und traten für eine Suspendierung des Gesetzes auf fünf Jahre ein. Die Arbeitnehmer erklärten sehr entschieden, daß eine verlängerte Arbeitszeit ein Gegenstand der Verwertung der Produktion sei. Sie wandten sich gegen die Suspendierung des Gesetzes und forderten für die Organisation freie Hand, Ausnahmen von der achthundentag Arbeitszeit tariflich zu regeln. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Die neuen Landes-Eisenbahnräte

Berlin, 10. April. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage betreffend den Gesetzentwurf einer Verordnung über die Räte für die Reichsbahnen nach den Ausschüssen schickten mit einem Zusatzantrag Preußens an, der lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen bestimmt, daß die Landesbahnräte nach den Orten ihres Sitzes benannt werden. Ein besonderer Landesbahnrat — die Bezeichnung Reichsbahnrat ist eingezogen — wird für den Direktionsbezirk Erfurt eingerichtet, ein weiterer besonderer Eisenbahnrat in Dresden. Das den bisher vereinigten Bezirksräten für Baden und Württemberg werden zwei besondere Landesbahnräte mit dem Sitz in Stuttgart und Karlsruhe gebildet werden. Diese wirtschaftlichen Körperchaften haben kein Ernennungsrecht, nur ein Vorschlagsrecht. Die Ernennungen stehen nur den Landesregierungen zu. Die Zahl der Mitglieder des Reichsbahnrats ist auf 50 erhöht worden und zwar entfallen 15 auf Baden und Württemberg je 4, Erfurt, Karlsruhe, Königsberg und Stuttgart je 3 Mitglieder. Unter den vom Reichswirtschaftsrat zu ernennenden Mitgliedern sollen sich befinden je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Kreisen der Privatbahnen, der Binnenschiffahrt, der Seeschiffahrt, des Handwerks und des Bergbaus.

Zur Explosionskatastrophe in Gleiwitz

Gleiwitz, 11. April. Nachdem heute vormittag bereits in der Peter-Kaulskirche für die Opfer der bei der Explosionskatastrophe ums Leben gekommenen französischen Besatzungstruppen ein Trauergebet stattfand, erfolgte am Nachmittag um 2 Uhr auf dem Friedhof die Beisetzung von 8 Leichen. An dem Beisetzungsgang nahmen außer dem aus Oppeln erschienenen General Lerond noch mehrere andere Offiziere der internationalen Kommission und zahlreiche französische Militärteil. Die Straßen, durch die der Trauerzug sich bewegte, sind von Apo- und blauer Polizei abgesperrt worden. Heute nachmittag wurden bei den Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstätte noch einige französische Soldaten aus den Trümmern geborgen.

Der Kreisrat veröffentlicht über die Explosionskatastrophe folgenden amtlichen Bericht: Die durch den technischen Dienst der Genietruppen vorgenommene Untersuchung ergab als Grund der Explosion eine gegen die Mauer der Kapelle abgebrannte Melinitmine, welche zur Verheerung der Explosion mit einem Nachzündmittel versehen war, um im Falle einer Durchsuchung ein abscheuliches Verbrechen zu bewerkstelligen. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf dem staatlichen Güterfriedhof in Gleiwitz sind, einer Meldung zufolge, der Leiter der staatlichen Güter, Bergart Weber, und der Besitzer des Werkes, Reinke, verhaftet worden.

Hebe der französischen Presse
Die nationalpolitischen Pariser Organe fahren fort, die Explosion von Gleiwitz zur Sache gegen Deutschland zu beugen. Einige Blätter greifen bei dieser Gelegenheit die französische Regierung an. So macht L'Action im Leitartikel des „Echo national“ Poincaré persönlich für den neuen Verlust an französischen Menschenleben verantwortlich, indem er das Verhalten des Ministerpräsidenten nach dem Vorfalle von Peterhof hart tadelnd und die Toten von Gleiwitz als Opfer der Schwäche Poincarés bezeichnet. Die Organe der Linken fordern die Regierung auf, die französischen Truppen endlich aus Oberschlesien abzurufen.

Gegenläufe innerhalb der Organisation der Postbeamten

Berlin, 12. April. (Reichs.) Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben gestern in einer außerordentlichen Tagung der Reichspostbeamten sich scharfe Gegensätze zwischen den oberen und unteren Beamtengruppen geltend gemacht. Die Vertreter der oberen Gruppen sollen mit dem Vorfall in den Verträgen der Reichspostbeamten auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes im Anschluß an die Ausführungen eines Abgeordneten haben, nicht einverstanden sein.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise in Sicht

Aus Essen wird berichtet: Gelegentlich der auf den 10. und 11. April in den Räumen des Bergbauvereins in Essen einberufenen Versammlung über den Beschluß eines neuen Manteltarifs für den Ruhrbergbau, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers stattfand, erfolgte, hervorgerufen durch die ungenügende Schmelzleistung der Zenerung auf Verlangen der Arbeitnehmer zwischen den Vertretern des Bergbauverbandes und der Arbeiterorganisationen eine Aussprache über die Lohnfrage. Nach langwierigen Verhandlungen, die durch die Auswirkung einer Vorkonferenz auf die Gestaltung der Kohlenpreise erschwert wurde, einigte man sich dahin, daß unmittelbar nach Ostern, am 19. April, im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine Neuverhandlung der Löhne mit Wirkung vom 20. April ab stattfinden soll. In diese Verhandlungen werden Vertreter

jämlicher Kohlenreviere eingeladen werden. Es ist vorgesehen, daß im unmittelbaren Anschluß an diese Lohnverhandlungen möglichst noch am Nachmittag, im Reichslohlenverband über die durch die Lohnhöherungen bedingte Erhöhung der Kohlenpreise verhandelt werden soll.

Mordprozesse in Sachen Erzberger

Der Geheimbundprozess gegen die Angeklagten Klinger und Rauth findet in Offenburger Tagblatt nach einer Entscheidung des Reichsgerichts nicht in Offenburg, sondern in München statt. Die beiden Angeklagten hatten beim Reichsgericht die Zuständigkeit des Schwurgerichts Offenburg bestritten und das Reichsgericht hat ihrem Einspruch stattgegeben. Ob auch gegen die anderen Angeklagten 50 Geheimbündler in München verhandelt wird, darüber ist noch nichts bekannt. Die Verhandlung in der Sache Klinger wegen Ermordung Erzbergers findet aber auf alle Fälle vor dem Offenburger Schwurgericht statt und zwar dürfte sich die Verhandlung Mitte Mai abspielen.

Die Arbeitslosigkeit in Schweden

In Schweden gibt es augenblicklich rund 160 000 Arbeitslose. Das ist für die geringe Bevölkerungszahl des Landes ein sehr hoher Prozentsatz. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung, aber auch zugleich eine ernste politische Streitfrage. Die Rechte will das Uebel durch eine staatliche Unterstüßung der Industrie, durch Staatsaufträge und eine Herabsetzung der Arbeitslöhne, wodurch man die Industrie wieder konkurrenzfähig machen will, abstellen. Die Sozialdemokratie betont ihrerseits die sozialen Gesichtspunkte und verlangt, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ohne eigene Schuld erwerbslos geworden sind, vom Staat genügend unterstützt werden. Bei einem Konflikt über die Verteilung von Unterstützung an ausgesperrte Arbeiter hat neulich die Regierung entschieden, daß an Arbeitskonflikten direkt beteiligte Arbeiter, also Streikende und Angehörige, oder bei einem allgemeinen Konflikt die Vertreter des betreffenden Berufes keine Unterstützung bekommen.

Schriftleitung Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktion und Letzte Nachrichten Hermann Kober für Wadische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Reichslohlen Hermann Winter für Aus der Stadt, Gewerblichkeits, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Nordstraße.

Wird zu 4 Seiten Vereinsanzeiger. Preis 5 und mehr Seiten 10. — die Zeile 2. — die Zeile 1. — die Zeile 1. (Verknüpfungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.)
Ankündigungen. Wasserpost-Berlin — Männerabteilung. Jeden Mittwoch abends von 7-8 Uhr Nebungabend im Bierordklub.
Dursach, (Sängerbund Nordwärts) Morgen Donnerstag abends punkt 8 Uhr Bierklubversammlung im „Lamm“. Wegen sehr wichtiger Angelegenheit ist vollständiges Erscheinen aller Mitglieder, auch der passiven, dringend notwendig. — Der. standsmittlicher um 7 Uhr. [1922 Der Vorstand.]

Pfeiffer & Müllers
Kaffee-Essenz
feinim Geschmack-vollkommen löslich dazu ausgiebig sparfam im Gebrauch, das sind die Vorzüge dieser Marke
Originaldosen und Silberpakete zu haben in den Geschäften.

Wohlt ist ein Risiko für den Hausbau?
Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulver „Bacina“ ein minderwertiges Backpulver verwendet.
Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.
Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb sparen sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbstgeschenkt — noch viel zu teuer.
Mit Dr. Oetker's Backpulver „Bacina“ ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.
Ebenso empfehlenswert sind die bekannten Dr. Oetker's Puddingpulver, Dr. Oetker's Vanillinzucker.

Paul Sand
3322
Zoffenstraße 99
Kolonialwaren und Delikatessen — Telefon 5473
Ware frei Haus. — Prompter Versand.

Bucherer
in sämtlichen Filialen

Neu eingetroffen!
Konfirmation - Stiefel, Damen u. Herrenschuhe, stark Arbeiter-Schuhe, Deichhäuser, Sommerhosen, Heberanzüge, Schupfer, Hosen, selbstgenäht, Streifen und Wandstiefel bei 2000
Agelrad, 2111
Frauenhaare kauft 2510
Herrn Bieler Kalkbrennerei, 223, Zwilches Drogler- u. Apothekern.

Bucherer
empfehle
Teigwaren
in großer Auswahl
Mudeln
Pfund 12.— 6. Mark 21.—
Maccaroni
Pfund 17.50 bis Mark 26.—
Hörnle
Pfund 17.—
Kokosfett
Pfund 36.—
Schweine-Schmalz
Pfund 48.—
Frische Eier
Stück 480
Mark 480 3224

Pfannkuch & Co.
Seigwaren
Gemüse-Nudeln
 Pfund **13.-**
 Kart 3310
Eier-Nudeln
 Pfund **17.-**
 1/2 Pfund-Bafel **9.-**
Maccaroni
 offen **18.50**
 in Paketen **20.-**
 1/2 Pfund **10.-**
Suppen-einlagen
 Pfund **14.-**
Pfannkuch & Co.

Gefang-Verein
Badenia G. V.
 Am Donnerstag
Osterfeier
 im „Kühlen Krug“
 mit besonderem Programm.
 Beginn nachm. 4 Uhr.
 Eintritt einschließlich Auf-
 wartungssteuer für Mitglieder
 der 2. Kl. Kinder der Mit-
 glieder frei. Nichtmitglie-
 der durch Mitglieder ein-
 geführt 5 Mk. Mitglieds-
 Karte vorzeigen. 3323
 Der Vorstand.

Rausch & Pester
 Photo. Atelier
 Karlsruhe
 3 Erdprinzenstr. 3
Konfirmanden- u.
Kommunikanten-
Aufnahmen musterfoll.

Raucher dank!
 Das sicherste Mittel,
 das Rauchen ganz oder
 teilweise einzustellen. Wir-
 kung beruhigend. Anstau-
 nungsmittel. Versch. Sorten.
 Gg. Engelbrecht, Mün-
 chen, R136, Kapuzinerstr. 9

Pfannkuch & Co.
Corned
beef
 ca. 6 Pfund-Dose
 Nr. **165.-**
 im Aufschnitt
 1/2 **8.-**
Pfannkuch & Co.

Mieter-Vereinigung Karlsruhe G. V.
 Mitgl. d. Landesverband. u. Bund Deutsch. Mietervereine
 Geschäftsst. : Morgenstr. 51 b. Sprechst. tagl. 6-7 Uhr,
 Mittw. 8-9 Uhr abends „Unt. d. Linden“, Kaiser-allee 71
 Samstags keine Sprechstunde.
 Donnerstag, den 13. April, abends 8 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
 für Mühlburg
 in der Wirtschaft „Zum Rheintanal“.
 Wir laden zu dieser Versammlung herzlich ein
 und erlauben um zahlreichen Besuch.
 Der Vorstand.
 NB. Anmeldungen in die Organisation werden
 in der Versammlung entgegengenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Karlsruhe.
 Das Büro bleibt ab Donnerstag, den 13. April,
 abends 5 Uhr bis Dienstag, den 18. April,
 vormittags 8 Uhr
geschlossen.
 Der Vorstand.

Ortsauschuß des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschafts-Bundes,
Das Arbeitersekretariats- und
Gewerkschafts-Büro
 bleibt am Karfreitag
geschlossen.

Deutscher Transportarbeiterverband
 Ortsverwaltung Karlsruhe.
Todes-Anzeige.
 Wir machen unseren Mitgliedern die
 traurige Mitteilung, daß unsere Kollegin
Frau
Emilie Veith
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute Mittwoch,
 den 12. ds. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr von
 der Friedhofkapelle aus statt. 3326
 Wir bitten unsere Kolleginnen und
 Kollegen der Dahingegangenen die letzte
 Ehre zu erweisen.
 Die Ortsverwaltung.

„Sanitas“ Heilinstitut u. Inhalatorium
 Karlsruhe u. Kaiserstr. 91
 Spezialbehandlung von Asthma, Katarrhen,
 Husten, Erkranung und Verschleimung
 der Luftwege usw. durch Inhalation, des-
 gleichen v. Gallenstankrankheiten nach dem
 operationslosen Dr. Hellwigschen Chollisol-
 verfahren, wirksam innerhalb 2 Tagen.
 Sprechstunden: 11-1 und 3-6 Uhr.

B. Klotter Nachf.
 Spezialgeschäft für Reiseartikel u. Lederwaren
 Kronenstr. 25 Karlsruhe Tel. 2618
 empfiehlt
Schulranzen
Aktenmappen
Musikmappen
Kollegmappen

Der Kenner weiß, daß er sich viel Geld
 erspart beim Tragen meiner
erstklassigen Dauerwäsche
 Machen Sie daher noch heute damit einen
 Versuch. — Nur zu haben beim
Spezialdauermäsche-Geschäft
 Karlsruhe Kaiserstr. 40.

Donnerstag kommen lebendfrische
Seefische
 an folgenden Stellen zum Verkauf:
 Mühlburg: Sonnelplatz (Rheinstraße),
 den ganzen Tag geöffnet,
 Telegrafentaste (Kantine);
 Grünwinkel: Dürmersheimerstraße 78;
 Taxland: bei Dannermeister,
 Kasernenstraße;
 Altstadt: bei Häfeler, „zum Ambos“,
 Brunnenstraße;
 Hauptmarkt vor der Stadtkirche.
Max Schäfer, Fischhandlung.

Pfannkuch & Co.
Maushalt
 gehört
Maushalt
 mit 10, 25, 50, 100 Paketen
erhältlich
 in allen einschlägigen Geschäften

Pfannkuch & Co.
Eingetroffen:
 Kopflöcher 3308
Cabliau
 Nr. **11.-** im **11.50**
Bratschellfische
 Pfund Kart **11.50**
Schellfische
 mittel, 1-3 Pfund
 Pfund Kart **13.50**
Margarine
 Nr. **32.-** und **35.-**
Pfannkuch & Co.
 G. m. b. H.

Lebensbedürfnisverein
 Karlsruhe.
 Die Auszahlung der Dividende erfolgt am
 Donnerstag, den 13. April, vormittags von 7 bis
 12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 bis 3 Uhr, für
 die Nummern der neuen Karteikblätter von 21701
 bis 22400 an unserer Kasse Kronenstr. 25 gegen
 Vorlegung des neuen Kartenaugs. — Es wird
 dringend gebeten, Bescheid mitzubringen.
 Der Vorstand.

Ordentlicher
Hausbursche
 zwischen 16 und 20 Jahren alt, in gute
 Pauschhaltung gesucht.
Max Gutmann, Kaiserstr. 241 a.

Hüte, Mützen
Schirme
Stücke
Sport-Artikel
Umformen
alter Hüte
 Kalsersr. 61 gegenüb. der
 Hochschule
Th. Zenker Kalsersr. 61
 gegenüb. der
 Hochschule
Mützenmacherei Hutmacherei

Dürmersheim.
 Zum 1. Mai d. J. ist die Stelle des
Filialleiters
 des „Vollsfreund“ für Dürmersheim neu
 zu besetzen. Geeignete Bewerberinnen
 wollen sich alsbald bei Witz, Grenz-
 straße 667 in Dürmersheim melden.

„Saphir“
Tafel-Margarine
 wird von der Hausfrau
Zieh-Margarine
 wird vom Fachmann
bevorzugt!
 Hauptniederlage: Karlsruhe: 2008
Ceska-Werk G. m. b. H. — Telefon 280/5.
Kleiverkaufspreise für Gemüse und Obst.
 Für die Zeit vom 11. April 1922 bis auf
 weiteres gelten für das Stadtgebiet Karlsruhe
 folgende Maßpreise:

Feldsalat	800	Kettig	30
Gelbe Rüben	180	Erdbeere	240
Erbsen	1000	Spinat	300
Baum	200	Blutbeere	500
Wasserkresse	1000		
Rote Rüben	200		

 Auf Grund der Bekanntmachung der Abt. Preis-
 prüfungsstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind
 die Kleinverkaufspreise in Karlsruhe und den Bezirken
 verpflichtet, an ihrem Verkaufsraum einen von der
 Preisprüfungsstelle abgezeichneten Preisausgang so-
 wie an den Verkaufsstellen und Warenbehältern
 ein Preisbild anzubringen; wer dieses unterläßt
 macht sich strafbar. Das Verhängen des Obiges von
 Seiten der Käufer ist verboten. 705
 Karlsruhe, den 7. April 1922.
 Der Abt. Preisprüfungs- und Heberwachungs-
 ausgang für Karlsruher, Obst und Gemüse.
 Die Preisprüfungsstelle Karlsruhe-Land.
Matratzen und Polstermöbel werden gut und
 billig angefertigt sowie neu angefertigt.
Kammerer, Wilhelmstraße 25.

Am Ostersonntag, den 15. April 1922
 bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume
geschlossen.
Reichsbankstelle | **Stadt-Sparkasse Karlsruhe**
Badische Bank | **nebst Zweigstellen**
Veit L. Homburger | **Straus & Co.**
Mitteldeutsche Credit- | **Süddeutsche Disconto-**
bank, Filiale Karlsruhe | **Gesellschaft**
Rheinische Creditbank | **Vereinsbank e. G. m. b. H.**
Filiale Karlsruhe | **Karlsruhe.**

Städtisches Konzerthaus.
 Mittwoch, 12. April, 7-10 Uhr, Volksbühne L. 2.
Kater Lampe.

Zeitungs-Trägerin
 für Mühlburg.
 Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei
 uns melden.
Geschäftsstelle des „Vollsfreund“
 Lindenstraße 24.

Durlacher Anzeigen.

Handwerkskammerbeiträge.
 Die von der Stadtgemeinde zu leistenden Beiträge
 zur Handwerkskammer Karlsruhe sollen von den Hand-
 werklern rückerhoben werden. Das Verzeichnis der
 für das Kalenderjahr 1922 betragsmäßigen Beiträge
 ausgehelt von der Handwerkskammer Karlsruhe nach
 dem Stand vom 1. Oktober 1921 und enthaltend die
 Schulden des Betriebinhabers, liegt zur Einsicht
 der Beteiligten während 2 Wochen vom
Mittwoch, 12. d. Mts. auf dem Rathaus
 III. Stock, Zimmer Nr. 6 offen.
 Gegen die Heraushebung des Beitrags, gegen die
 Festsetzung der Zahl der Beiträge oder gegen die
 Berechnung des Kostenanteils ist — unabhängig
 der beim Vorliegenden des Bezirksrates einzureichenden
 verwaltungsgerichtlichen Klage — Beschwerde an das
 Landesschiedsgericht in Karlsruhe zugelassen; die Be-
 schwerde ist unter Angabe der einzelnen Beschwerde-
 punkte schriftlich an den Stadtrat zu richten, die
 Entscheidung des Landesschiedsgerichts kann binnen
 2 Wochen durch Beschwerde bei dem Ministerium des
 Innern angefochten werden. Nach Ablauf der Offen-
 legungsfrist sind Beschwerden nicht mehr zulässig;
 Betriebinhaber sind jedoch entgeltlich zahlungs-
 pflichtig.
 Durlach, den 8. April 1922. 706
 Der Stadtrat.

Fahrrad-Gummi!
 Gebirgsreifen, erstkl. Ware
 mit extra hoher
Gummi-Auflage
 noch zu früheren Preisen.
Eugen Schaeffer,
 Durlach, Hauptstr. 81
 beim Bahnhof.
Ziehspaten Geld!
 Fahrt von auswärts
 lohnt sich.
 Alleinverkauf dieser
 Karten und doch leicht
 laufenden Mühen.
Offene Füße
 Kammsader-Geschwüre
 die schmerzhaftesten Wan-
 den, selbst in hartnäckigen
 Fällen nur (1902)
Wohl's Walter's
Maloped-Salbe
 erlöset aberloschend!
 Preis 20.- franko.
 Stadtapotheke Pfaffen-
 berg a. J. im M 30 (Oberbah.)
Druck-Arbeiten aller
 Art
 liefert
 Buchdruckerei Wed & Cie.

Pfannkuch & Co.
Beilag:n
 zu
Mehlspeisen
Mischobst
 Pfund **14.-**
Birnen-
Schnitz
 Pfund **9.-**
Apfel-
Schnitz
 Pfund **9.-**
Feigen
Preißelbeeren
 offen und in Dosen
Pfannkuch & Co.

Tausch.
 In Durlachhofen a. Rh.
 ist eine schöne 2-Zimmer-
 wohnung mit großer Küche
 und Wandaube in gutem
 Zustand (Glasabfänger) mit
 einer 2-Zimmerwohnung
 in Karlsruhe baldigst
 zu tauschen. Inter-
 resse: Zigarettenbau, Zeiter
 Str. 113. 3315

HOSEN
 feldgr. u. Arbeitskleid
 u. Hosen, Strick- u. Blau-
 zeinennungen, Maß-
 verbindungen, Maß-
 willige Schärpen,
 Hemden, Unter-
 hosen preisw. angegeb.
Malter (Laden)
 Mendelssohnstr.

Pfannkuch & Co.
Flüssiges
Hühnerrei
 in Steinbrühen zu
 3 Stück **5.75**
 4 Stück **7.50**
 ferner einige
 Wagons
frische Land-
Eier
Eierfarben
Pfannkuch & Co.